

Antrag

der Abg. Dr. Rainer Balzer und Alfred Bamberger u. a. AfD

Entwicklung des Musikstudiums in Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. an welchen landeseigenen Musikhochschulen aktuell ein Vollzeitstudium der Musik möglich ist;
2. wie viele Studenten in Baden-Württemberg aktuell an landeseigenen Musikhochschulen eingeschrieben sind für a) ein Studium, das allein auf eine künstlerische Tätigkeit vorbereitet, b) ein Studium, das vornehmlich auf eine pädagogische Tätigkeit im Instrumentalbereich abzielt, c) ein Studium, das vornehmlich auf eine pädagogische Tätigkeit im frühkindlichen Bereich abzielt, d) ein Studium, das auf eine Unterrichtstätigkeit an einer allgemeinbildenden Schule abzielt;
3. aus welchen Herkunftsländern diese Studenten jeweils anteilig und absolut stammen (Baden-Württemberg, Deutschland, EU-Länder und Nicht-EU-Länder) heute, vor zehn Jahren und vor 20 Jahren;
4. welche Informationen der Landesregierung vorliegen zu den weiteren Lebenswegen der internationalen und EU-internen Studenten der vergangenen 20 Jahre (Verbleib und Anstellung in Deutschland – freiberufliche Tätigkeit in Deutschland – Rückkehr in ihr Herkunftsland);
5. welche berufsbegleitenden Studiengänge an landeseigenen Musikhochschulen angeboten werden und welche Voraussetzungen hierbei gelten;
6. welche Fortbildungen nach ihrer Kenntnis aktuell an der Bundesakademie für musikalische Jugendbildung in Trossingen angeboten werden und wie viele Teilnehmer und wie viele Absolventen hieran teilnehmen;
7. zu welchen Anteilen diese Fortbildungskurse der Bundesakademie für musikalische Jugendbildung nach ihrer Kenntnis durch Teilnahmebeiträge, durch Landes-, Bundeszuschüsse oder Drittmittel finanziert werden;
8. ob und falls ja wo an landeseigenen Musikhochschulen oder Akademien Studiengänge mit einem Schwerpunkt der Volksmusik existieren und wie viele Studenten hier studieren;
9. an welchen Musikhochschulen ein Studium der evangelischen oder katholischen Kirchenmusik möglich ist unter Darlegung, ob und inwiefern eine Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen landeseigenen und kirchlichen Institutionen praktiziert wird und wie sich die Finanzierung der kirchlichen Hochschulen sowie der Kirchenmusikabteilungen der landeseigenen Musikhochschulen darstellt;
10. wie sich die Nachfrage nach den verschiedenen Studiengängen in den vergangenen zehn Jahren verändert hat;
11. welche Informationen der Landesregierung vorliegen zu weiteren Lebenswegen der einheimischen Studenten der vergangenen 20 Jahre (Verbleib und Anstellung in Deutschland – freiberufliche Tätigkeit in Deutschland – Anstellung oder freiberufliche Tätigkeit in einem anderen Land innerhalb oder außerhalb der EU);

12. welche Studienfächer und Studiengänge in den vergangenen zehn Jahren aufgrund neuerer digitaler Technologien oder KI im Musikbereich neu hinzugekommen sind und wie diese in bereits bestehende Studiengänge eingegliedert werden;
13. wie die Musikhochschulen des Landes die Möglichkeiten der Künstlichen Intelligenz in das Curriculum des Hochschulstudiums integrieren, um ggfs. den Absolventen neue Tätigkeitsfelder zu eröffnen;
14. welche Zukunftskonferenzen es gegeben hat unter Darlegung, welche Kosten sie verursacht haben und welches die Ergebnisse waren.

14.5.2025

Dr. Balzer, Bamberger, Stein, Dr. Hellstern, Scheer AfD

Begründung

Die Musikkultur ist einem tiefgreifenden Wandel unterworfen. Die Antragsteller interessiert die Frage, wie sich dieser Wandel der Musikkultur auf die Wahl des Studienfachs und auf das Musikstudium selbst auswirkt und wie die Landesregierung diesem kulturellen Wandel mit neuen Studienangeboten entgegenkommt. Laut Internetseite des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst fand das erste Symposium als „Zukunftskonferenz Musikhochschulen“ am 15. Februar 2014 in der Universität Mannheim statt. Es besteht die Frage, welche Symposien oder Zukunftskonferenzen es seitdem gegeben hat und zu welchen Ergebnissen die Beratungen führten.